

# Die Industrie- und Handelskammer Ostbrandenburg

Klaus Kröpelin

Leiter des Geschäftsfeldes Standortpolitik, Innovation | Umwelt

Tel.: 0335/5621-1300

E-Mail: [kroepelin@ihk-ostbrandenburg.de](mailto:kroepelin@ihk-ostbrandenburg.de)

Koalitionsvertrag zwischen  
SPD Brandenburg und Die Linke Brandenburg  
für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages  
vom 5. November 2009



## **Kommentierung ausgewählter Schwerpunkte**

<http://www.brandenburg.de/media/lbm1.a.4868.de/koalitionsvertrag.pdf>

# Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten - MWE

## Zusammenarbeit Wissenschaft und Wirtschaft – Schlüsselfaktor für Innovationen und Wachstum

Seite: 13

### Wesentlicher Inhalt

Wissenschafts-, Innovations- und Wirtschaftspolitik sind eine Einheit

Verbesserung des Technologietransfers

Zusammenarbeit zwischen Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium verbessern

### Kurzbewertung

200 Mio Euro für technische Ausstattung der Universitäten und Fachhochschulen  
positiv, befürworten, weitere Forderungen  
Klima- und Energieforschung als Forschungsschwerpunkt für Brandenburg definiert

### Position/Handlungs- empfehlung der IHK Ostbrandenburg

Investitionen (200 Mio €) tragen nicht direkt zur Wirtschaftsnähe bei. Den Hochschulen fehlt entsprechendes Personal, um zusätzliche Kooperationen mit der Wirtschaft zu erfüllen.

Keine klaren Aussagen über weitere Forschungsschwerpunkte mit Blick auf die definierten Zukunftsbranchen (außer Klima- und Energieforschung) - Einflussnahme über Landesinnovationskonzept.

Der Koalitionsvertrag bekennt sich nicht zu den 3 % FuE vom BIP gem. EU-Vorgaben (Lissabonstrategie).

Anregung von Aktivitäten zur Forschungspotenzialanalyse Brandenburgs als Ausgangspunkt einer systematischen Verbesserung der betrieblichen Forschung und Innovationskraft.

## MWE

### Steuerliche Förderung von FuE

Seite: 20

#### Wesentlicher Inhalt

Landesregierung will bundespolitische Initiativen zur steuerlichen projektbezogenen Förderung von FuE insbes. im Mittelstand unterstützen

#### Kurzbewertung

positiv

#### Position/Handlungsempfehlung der IHK Ostbrandenburg

Derzeitige Steuerpolitik bremst innovative Unternehmen. In Deutschland beträgt der Anteil für Forschung und Entwicklung (FuE) am Bruttoinlandsprodukt derzeit 2,5 %. Das ist gerade mit Blick auf die steuerliche FuE-Förderung in den EU-Staaten aber auch in den großen OECD-Ländern (USA, Japan, Australien Kanada, Südkorea) zu wenig. Viele Staaten intensivieren aktuell die staatliche Förderung von FuE in der Wirtschaft und bauen sie weiter aus. Deutschland droht daher im Wettbewerb um forschende und entwickelnde Unternehmen zurückzubleiben. Die staatliche Förderung von FuE in der Wirtschaft muss zunehmen.

Auch Brandenburg muss mehr in seine Zukunft investieren. Die Industrie- und Handelskammern fordern, innovative Unternehmen durch eine Steuergutschrift („tax credit“) für Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen (FuE) zu fördern. Denkbar ist eine Steuergutschrift in Höhe von 15 % der Aufwendungen.

## MWE

Fortsetzung von „Stärken stärken“

Seiten: 18/19

Wesentlicher Inhalt

Konzentration auf die Wachstums- und Zukunftsfelder der Wirtschaft  
 Keine Erhöhung der Anzahl der regionalen Wachstumskerne (RWK)  
 Aussage zur Überprüfung und ggf. Reduzierung der Branchenkompetenzfelder

Kurzbewertung

Wegfall der Kategorie „Branchenschwerpunktort“  
 positiv

Position/Handlungsempfehlung der IHK Ostbrandenburg

Zustimmung und Unterstützung von „Stärken stärken“

Wir sind für Flexibilität bei den RWK; Anzahl nicht zu erhöhen sollte auch bedeuten, dass bisherige RWK ihren Status abgeben und neue hinzukommen können. Verweis auf Zukunftsraum östliches Berliner Umland

Gleiches wie bei RWK sollte bei den definierten Branchenkompetenzfeldern gelten

Die bisherige Kategorie „Branchenschwerpunktort“ ist in der Investitionsberatung wenig wirksam (4 % Anteil an der GA-Investitionsförderung) und kann aufgehoben werden. Wegfall darf aber nicht zur Reduzierung des GA-Fördervolumens insgesamt führen

## MWE

### Konzentration der Förderung auf regionale Wachstumskerne

Seite: 18

#### Wesentlicher Inhalt

Fortsetzung der regionalen und sektoralen Konzentration der Fördermittel auf regionale Wachstumskerne. Weiterentwicklung der RWKs auf Basis der Evaluierung.

#### Kurzbewertung

positiv

#### Position/ Handlungsempfehlung der IHK Ostbrandenburg

Evaluierung der RWK und Branchenkompetenzfelder ist richtig und wichtig

Aufgrund dessen, dass zukünftig weniger Fördermittel zur Verfügung stehen, ist eine Konzentration der vorhandenen Mittel notwendig

Dort wo nicht die erwarteten Effekte aufgetreten sind, muss eine Weiterförderung in Frage und ggf. Branchenkompetenzfelder und RWK zur Disposition gestellt werden

Die Zahl der RWKs und der Branchenkompetenzfelder sollte auf Grundlage der Evaluierung langfristig angepasst werden

Zugleich sollte man offen sein für neue Branchenkompetenzfelder, die sich im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung und Innovationstätigkeit ergeben können – Beispiel Solarindustrie.

## MWE

### Bestandspflege bestehender Unternehmen gewinnt an Bedeutung

Seite: 20

#### Wesentlicher Inhalt

Bestandspflege der Unternehmen wird wichtiger. Es soll nach Möglichkeiten gesucht werden, das Angebot weiter zu verbessern. Maßnahmen um Unternehmensnachfolge zu erleichtern, sollen entwickelt werden.

#### Kurzbewertung

positiv

#### Position/ Handlungsempfehlung der IHK Ostbrandenburg

Bestandspflege der bestehenden Unternehmen muss Priorität in der Wirtschaftspolitik haben.

Der Zugang zu allen Förderprogrammen sollte unabhängig vom Alter des Unternehmens gewährleistet sein.

Die Kommunikation der Notwendigkeit der Vorbereitung der Unternehmensnachfolge muss verstärkt werden.

Finanzielle Unterstützung der Begleitung der Nachfolge sollte weiterhin eine Rolle spielen.

## MWE

**Kreditklemme**

Seite: 18

Wesentlicher Inhalt

Wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist, mit Instrumenten wie Überbrückungskredite die Unternehmen zu unterstützen.

Kurzbewertung

positiv

Position/ Handlungs-  
empfehlung der IHK  
Ostbrandenburg

Überbrückungskredite sind insbesondere dann notwendig, wenn der Finanzierungs- und Investitionsbedarf wieder anzieht.

Die Vergabe von Krediten durch die Finanzinstitute gestaltet sich schwieriger. Basel II hemmt!

Für die Unternehmen kommt erschwerend hinzu, dass für die Kreditvergabe der Banken in 2010 die zumeist etwas schlechteren Geschäftszahlen der Unternehmen von 2009 ausschlaggebend sind.

Deshalb ist die Landesregierung in der Pflicht Einfluss zu nehmen, um eine Kreditklemme durch restriktivere Vergabe von Krediten durch die Banken abzumildern.

Befristete Lockerung der Auflagen für die Kreditvergabe

## MWE

### Wettbewerbsfähigkeit durch Unterstützung der Exportwirtschaft stärken

Seite: 18

#### Wesentlicher Inhalt

Neben der klassischen Binnenwirtschaft soll die Exportwirtschaft gezielt unterstützt werden.

#### Kurzbewertung

positiv

#### Position/ Handlungsempfehlung der IHK Ostbrandenburg

Für weiteres Wirtschaftswachstum gibt es keine Alternative zur Einbindung der Unternehmen in die Weltwirtschaft. Der Export macht ca. die Hälfte der deutschen Industrieproduktion aus. Ca. ½ der Arbeitsplätze hängen vom Außenhandel ab.

Das Außenwirtschaftskonzept für das Land Brandenburg vom 11.03.2008 ist eine gute Grundlage - dieses gilt es umzusetzen.

Die bestehenden Förderprogramme sind finanziell entsprechend auszustatten und unbürokratisch umzusetzen. Es darf keine Einsparmaßnahmen in der Außenwirtschaftsförderung geben.

## MWE

### Fördermittel als rückzahlbare Zuschüsse

Seite: 19

#### Wesentlicher Inhalt

Weniger werdende Fördermittel erfordern einen Strategiewechsel in der Unternehmensförderung, deshalb sollen Fördermittel auch als rückzahlbare Zuschüsse gewährt werden.

#### Kurzbewertung

positiv

#### Position/ Handlungsempfehlung der IHK Ostbrandenburg

Fördermittel als rückzahlbare Zuschüsse sind ein realistisches Zukunftsinstrument der Wirtschaftsförderung.

Bei rückzahlbaren Zuschüssen ist gewährleistet, dass öffentliche Förderung weniger wettbewerbsverzerrend ist und somit der Anreiz für die Unternehmen verstärkt wird, wettbewerbsfähig zu sein.

Dadurch kommt es zu einer Entlastung der öffentlichen Haushalte und der Steuerzahler

# MWE

## Landesinnovationskonzept (LIK)

Seite: 19

### Wesentlicher Inhalt

Landesinnovationskonzept (LIK) ist wichtiger Bestandteil der Neuausrichtung der Förderpolitik.

Analyse der Einzelaktivitäten und Beschränkung auf wenige ergebnisorientierte Aktivitäten

### Kurzbewertung

positiv in der Fortsetzung des LIK, inhaltlich kritisch  
Konzentration auf Branchenkompetenzfelder, Technologietransfer, Finanzierungsinstrumente

### Position/Handlungsempfehlung der IHK Ostbrandenburg

Das Landesinnovationskonzept (LIK) soll Bestand haben. Allerdings soll die Anzahl der bisherigen Aktionsfelder reduziert werden. Hier werden die IHKs Einfluss nehmen, um keine willkürlichen Reduzierungen zuzulassen. Die Folge könnten regionale Disproportionen in der Innovationsförderung sein.

Starke Verknüpfung mit den Zukunftsbranchen von Berlin und Brandenburg. Fünf Zukunftsbranchen sollen in der gemeinsamen Innovationsstrategie künftig länderübergreifend gefördert werden:

- . Biotechnologie/Medizintechnik/Pharma,
- . Medien/Kommunikationstechnologie,
- . Optik,
- . Verkehrssystemtechnik und
- . Energietechnik

## MWE

### Konfliktminimierung bei der Einführung neuer Energietechnologien

Seite: 25

#### Wesentlicher Inhalt

Die Landesregierung bringt sich stärker bei der Einführung neuer Energietechnologien ein.

#### Kurzbewertung

positiv

#### Position/Handlungsempfehlung der IHK Ostbrandenburg

Die Einschätzung, dass die Einführung neuer Technologien durch eine verstärkte Moderation der öffentlichen Hand begleitet werden muss, wird in vollem Umfang geteilt. Zur Erreichung der energiepolitischen Ziele wird es unumgänglich sein, z.B. neue Windeignungsgebiete, Eignungsgebiete für Freiflächen-Fotovoltaikanlagen, Tiefengeothermie und CO<sub>2</sub>-Speicherung auszuweisen. In diesem Zusammenhang wird ausdrücklich das Vorhaben der Landesregierung, die unterschiedlichen Nutzungsansprüche zu koordinieren, unterstützt.

## MWE

### Breitbandversorgung im ländlichen Raum

Seiten: 26/27

#### Wesentlicher Inhalt

Breitband ist notwendige Voraussetzung zur Sicherung und Entwicklung des Standortes Brandenburg

Dialog mit Netzanbietern fortsetzen, da der Markt den Ausbau nicht von allein regelt

jedem Brandenburger soll ein hochleistungsfähiger Breitbandanschluss zur Verfügung stehen

#### Kurzbewertung

Positiv, Wir begrüßen die Anstrengungen der Landesregierung zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur in den ländlichen Räumen Brandenburgs.

#### Position/Handlungsempfehlung der IHK Ostbrandenburg

Die Erfahrungen aus den vergangenen 2 Jahren zeigen, dass die Versprechungen der Landesregierung sehr ambitioniert waren und bisher nur zu selten in Versorgungsprojekten in den Bedarfsregionen geführt haben. Eine Beschleunigung der Aktivitäten begrüßen wir.

Finanzierungs- und Rentabilitätslücken der Netzbetreiber dürfen nicht den Kommunen übertragen werden.

# Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familien - MASF

**Schaffung öffentlich geförderter Beschäftigungsverhältnisse**

Seite: 28

Wesentlicher Inhalt

Bis 2014 will die Koalition unter Nutzung von Bundesmitteln 8.000 öffentlich geförderte Arbeitsplätze schaffen. Dafür sollen 40 Mio. Euro bereitgestellt werden.

Kurzbewertung

problematisch

Position/Handlungs-  
empfehlung der IHK  
Ostbrandenburg

Grundsätzlich werden die Bemühungen des Staates zur Schaffung neuer Arbeitsplätze begrüßt. In der Vereinbarung wird auch vermerkt, dass durch dieses Programm „keine regulären Beschäftigungsverhältnisse verdrängt“ werden dürfen.

Es bestehen Zweifel, ob diese selbst gestellten Vorgaben umgesetzt werden können. Bisher verdrängt in vielen Bereichen öffentlich geförderte Arbeit privatwirtschaftliche Arbeitsverhältnisse. Wettbewerbsverzerrende Eingriffe in den Markt sind so vorprogrammiert.

# MASF

**Vergaberecht**

Seiten: 6/7; 28

**Wesentlicher Inhalt**

Die Landesregierung will die Vergaben der öffentlicher Aufträge an soziale Standards und die Bezahlung wenigstens auf Mindestlohniveau binden, sowie einen allgemeinen bundesweiten Mindestlohn fordern

**Kurzbewertung**

negativ

**Position/ Handlungs-  
empfehlung der IHK  
Ostbrandenburg****Ablehnungsgründe**

Jede Verwendung vergabefremder Kriterien bei öffentlichen Ausschreibungen, die nicht der Leistungsbeschreibung dienen und unnötig von den Vorgaben für privatwirtschaftliche Ausschreibungen abweichen, führt zu Marktverzerrung und Verteuerung.

Die vorgeschlagene Regelung wäre analog der „Frauenförderung“ kaum, jedenfalls nur mit enormen bürokratischem Aufwand zu kontrollieren.

Es bestehen auch erhebliche rechtliche Bedenken, da gem. EuGH -Urteil v. 03.04.2008 -C 346/06 (Rüffert./. Niedersachsen) Auftragsvergabe gerade nicht an nicht-allgemeinverbindliche Tariflöhne gekoppelt werden dürfen.

## Ministerium des Innern - MI

### Wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand

Seite: 35

#### Wesentlicher Inhalt

Die Koalition bekennt sich zur Daseinsfürsorge vor allem durch die öffentliche Hand, dazu sei die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen notwendig

#### Kurzbewertung

negativ

#### Position/Handlungsempfehlung der IHK Ostbrandenburg

Das Bekenntnis der Koalition zur wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand im Bereich der Daseinsvorsorge ohne die Subsidiaritätsschranken der Kommunalverfassung weisen in eine grundsätzlich falsche Richtung: Daseinsvorsorge bedeutet nicht, dass die Kommunen die Leistungen selbst ausführen müssen. Im Gegenteil: Sind auf dem Markt Unternehmen, die diese Leistungen zu gleichen oder günstigeren Konditionen anbieten können, so sind diese – im Interesse der Bürger und der Wirtschaft – zu favorisieren. Von dieser Diktion des Gesetzes darf nicht abgewichen werden.

Natürlich sieht die Wirtschaft, dass die solide Finanzierung der Kommunen ein langfristiges Problem – nicht nur in Brandenburg – ist. Und genau aus diesem Grund dürfen die Kommunen nicht Steuermittel dazu verwenden, zu den Unternehmen ihrer Region in Konkurrenz zu treten.

# Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz - MUGV

## Genehmigungsverfahren

Seiten: 22, 34

### Wesentlicher Inhalt

Klare Aussagen zur Genehmigungspraxis finden sich im Koalitionsvertrag leider an keiner Stelle, jedoch lassen sich aus einigen Passagen des Koalitionsvertrages durchaus Ansatzpunkte dafür ableiten.

### Kurzbewertung

kritisch

### Position/Handlungsempfehlung der IHK Ostbrandenburg

Es gibt die Aussage, dass Vorschläge zur Reduzierung des bürokratischen Aufwands geprüft und „wo sinnvoll und möglich“ umgesetzt werden. Auch wenn sich diese Formulierung nicht explizit auf Genehmigungsverfahren bezieht, verstehen wir diesen Passus als Ansatzpunkt für eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.

Es ist bedenklich, funktionierende Verwaltungsstrukturen aufzulösen um die Zuständigkeiten auf die nächstniedrige Behördenebene zu verlagern, was im Zweifel Personalmehrbedarf ohne entsprechende Qualitätsverbesserung begründen könnte.

## MUGV

### Anerkennung freiwilliger Selbstverpflichtungen der Wirtschaft

Wesentlicher Inhalt

An keiner Stelle im Koalitionsvertrag werden freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft erwähnt.

Kurzbewertung

negativ

Position/Handlungsempfehlung der IHK Ostbrandenburg

Besonders kritikwürdig ist die Tatsache, dass an keiner Stelle die freiwilligen Selbstverpflichtungen der Wirtschaft Erwähnung gefunden haben. Auch Brandenburger Unternehmen haben freiwillig Managementsysteme nach den internationalen Normen EMAS, ISO 14001 oder ISO 9001 ein-gerichtet bzw. sich als Entsorgungsfachbetrieb zertifizieren lassen. Mit der vor 10 Jahren vereinbarten Umweltpartnerschaft Brandenburg wollte die Landesregierung solche Umweltmanagementsysteme als effektives Element einer modernen Umweltpolitik besonders fördern..

# Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft - MIL

## Verkehrsinfrastruktur

Seiten: 42 - 45

### Wesentlicher Inhalt

Die Grundausrichtung in der Entwicklung der Landesregierung für die Verkehrsinfrastruktur passt zu den bisherigen Prämissen: Erreichbarkeit der Zentren im ländlichen Raum und der Hauptstadt auf den Pendlerachsen.

Sehr positiv ist, dass in der Legislaturperiode für den ÖPNV keine Bahnstrecken abbestellt werden.

Die Ablehnung der Privatisierung der DB AG birgt Konfliktpotenzial zur Bundesregierung/Bundesrat.

Das Bekenntnis zur „behutsamen Sanierung und Modernisierung von Wasserstraßen“ ist viel zu smart. Wenn man z. B. die Modernisierung der HoFriWa endlich realisieren will, ist es grundsätzlich positiv. Aber keine messbaren Zielsetzungen. In der Grundausrichtung sind keine messbaren Zielsetzungen. In der Grundausrichtung sind keine messbaren Zielsetzungen.

### Kurzbewertung

### Position/Handlungsempfehlung der IHK Ostbrandenburg

Mit Nachdruck prioritäre Behandlung der Wasserstraßen (insbesondere HoFriWa und Schleuse Fürstenwalde)

Verbesserung der Arbeit der „Sperrkommissionen“, Meldung aller Straßenbauvorhaben und Prioritätensetzung

Umsetzung der Planungen für Ortsumgehungen Brieskow-Finkenheerd und Eberswalde

Ausbau der Zusammenarbeit mit Polen mit dem Ziel der Verbesserung der Infrastruktur- und Verkehrsangebote (neue Grenzübergänge, neue Regelungen zur Nutzung der Grenzübergänge (Tonnage), Verlängerung des RegionalExpress 1 nach Polen, Ostbahn)

# MIL

## Forstreform

Seite: 48

### Wesentlicher Inhalt

Weitere Umsetzung der Forstreform und Aufgabensicherung in der Fläche.

### Kurzbewertung

problematisch

### Position/Handlungsempfehlung der IHK Ostbrandenburg

In der Vergangenheit gab es zum Teil massive Beschwerden privater Forstunternehmer zu Benachteiligungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zur Bewirtschaftung des Staatsforstes.

Die Wirtschaft begrüßt die Ansätze der Forstreform u.a. durch schlankere Strukturen in der Verwaltung stärker als bisher auf private und auch regionale Anbieter zurückzugreifen.

Es wäre begrüßenswert, wenn die Koalition sich darauf verständigt hätte, dass bei der Umsetzung der Forstreform private Anbieter der Staatsforstbewirtschaftung faire Wettbewerbsbedingungen erhalten. Die Wirtschaft hofft, dass mit der begonnenen Reform Marktverzerrungen beseitigt werden.

**Ein Koalitionsvertrag ist nicht in Stein gemeißelt**

**Meine persönliche Prognose**

**Der Koalitionsvertrag ist ein Arbeitsstand von Zielen, die fünf Jahre lang angepasst werden**